

# Abschiebung in die Hölle

## Erneut mindestens 29 Menschen in Afghanistan getötet. Bund und Länder halten an geplanter Rückführung nach Kabul fest

Marc Bebenroth

---

Nichts ist gut in Afghanistan, sagte die damalige Kirchenfunktionärin Margot Käßmann vor Jahren. Und es wird täglich schlimmer, ließe sich mit Blick auf die aktuelle Lage am Hindukusch ergänzen. Am Dienstag starben erneut mindestens 29 Menschen bei Überfällen von Taliban und bei einer Explosion in einem Hotel im Osten des Landes.

In der westafghanischen Provinz Farah kamen bei Angriffen auf zwei Polizeiposten 16 Personen ums Leben. Das Gefecht im Bezirk Bala Bulok habe stundenlang gedauert, berichteten der Chef des Provinzrats, Faridullah Bachtawar, und örtliche Medien. Gleichzeitig seien bei einem Überfall auf einen Posten in der Provinzhauptstadt fünf Polizisten gestorben. Schon in der Nacht waren nach offiziellen Angaben in der südafghanischen Provinz Helmand mindestens fünf Polizisten getötet und sechs verletzt worden, als Taliban einen Sicherheitsposten im Bezirk Nadali attackierten. Bei einer Explosion in einem Hotelzimmer im ostafghanischen Dschalalabad starben am Mittag mindestens drei Menschen. Bereits in den letzten Wochen hatte es in der Stadt viele Anschläge der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) auf Zivilisten gegeben.

Einem vergangene Woche veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen (UN) zufolge sind in Afghanistan 2017 das vierte Jahr in Folge mehr als 10.000 Zivilisten getötet oder verletzt worden (siehe auch *jW* vom 16.2.). Ein Rückgang der Opferzahlen war demnach nur zu verzeichnen, weil die Armee des Landes mehr Rücksicht auf Zivilisten nehme und nicht wie zuvor willkürlich schwer steuerbare Geschosse in dicht besiedelte Gebiete feuere. Ein UN-Mitarbeiter führte die gesunkenen Zahlen aber auch darauf zurück, dass »die Taliban ihre Herrschaft über bestimmte Gebiete konsolidiert haben«. Dort gebe es eben keine Kämpfe mehr.

Derweil verdichten sich Hinweise darauf, dass Bund und Länder trotz der desolaten Lage einen weiteren Abschiebeflug in das zentralasiatische Land geplant haben. Nach Angaben des Bayerischen Flüchtlingsrates sollte er am Dienstag abend am Airport München starten. Auch die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl ging davon aus, dass zum zehnten Mal innerhalb der letzten 15 Monate Menschen in das Kriegsland zurückgebracht werden sollten. Am Wochenende hatten deshalb in Hamburg und München insgesamt 1.400 Menschen friedlich protestiert.

Pro Asyl kritisierte am Montag erneut scharf das Vorgehen der deutschen Behörden. Ablehnungen von Asylanträgen und Abschiebungsentscheidungen würden noch immer auf Basis der veralteten Lageberichte des Auswärtigen Amtes vom Oktober 2016 ausgesprochen. Auch Ulla Jelpke von der Fraktion Die Linke im Bundestag verurteilte abermals die »Rückführungen«. »Es gibt in Afghanistan keine sicheren Zonen«, erklärte sie am Montag abend. »Abschiebungen in den Krieg sind unmenschlich und illegitim.«

Ein aktuelles Bild von der Lage in Afghanistan könnte die Bundesregierung derweil von ihrem eigenen Auslandsgeheimdienst erhalten. Der BND-Präsident Bruno Kahl sagte dem *Tagesspiegel* (15. Februar), seine Behörde gehe davon aus, »dass bis zu 40 Prozent der Fläche in Afghanistan nicht mehr von den staatlichen Sicherheitskräften kontrolliert werden, sondern den Taliban und weiteren Widerstandsgruppen anheimgefallen sind«. Das bedeute eine »andauernde Gefahr« für in Afghanistan stationierte deutsche Streitkräfte und deutsche Einrichtungen.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/327713.abschiebung-in-die-hölle.html>